

Niederschrift über die öffentliche Sitzung

Nr. 13/2011

des Gemeinderates von Wartmannsroth am Donnerstag, den 06.10.2011
im Sitzungssaal in Wartmannsroth

Anwesend sind:

vom Gremium:

- | | |
|-------------------------------|----------------|
| 1. Bürgermeister Jürgen Karle | (Vorsitzender) |
| 2. Bürgermeister Edgar Lutz | |
| 3. Bürgermeister Kurt Selbert | |
| Eugen Bock | |
| Roland Brönnner | |
| Peter Görke | |
| Werner Kaute-Vogt | |
| Thomas Kleinhenz | |
| Christian Kohlhepp | |
| Joachim Lutz | |
| Jürgen Müller | |
| Astrid Mützel | |
| Stefan Schottdorf | |
| Georg Ullrich | |

entschuldigt:

Brigitte Haas

von der Verwaltung:

anwesend:

Daniel Görke	(Schriftführer)
--------------	-----------------

Zu Beginn der Sitzung stellt der erste Bürgermeister fest, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Die Beschlussfähigkeit ist damit gegeben. Gegen das vorab veröffentlichte Sitzungsprotokoll der letzten Sitzung werden keine Einwände erhoben, es gilt somit als genehmigt. Kurzfristig ist noch ein Bauantrag eingegangen. Bürgermeister Karle beantragt diesen noch als TOP 7 mit auf die Tagesordnung zu nehmen. Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

1. Positionierung der Gemeinde Wartmannsroth zum Thema "Errichtung von Windkraftträdern im Gemeindegebiet von Wartmannsroth"

Bürgermeister Karle gibt dem Gemeinderat einen Überblick über den Stand der Dinge. Neben der BBV-Landsiedlung zeigt sich derzeit vor allem die Firma Prokon sehr interessiert am Bau von Windrädern im Gemeindebereich. So plant die Firma Prokon beispielsweise einen Windpark mit ca. 10 Windrädern im Bereich der Vorranggebiete WK 15, WK 16 und WK 17.

Die Vorhaben der Interessenten unterscheiden sich grundsätzlich in Ihrer Konzeption:

Bei der BBV-Landsiedlung ist der Bau sog. Bürgerwindräder geplant. D. h. es würde eine Genossenschaft gegründet, an der sich jeder Bürger mit einer privaten Einlage beteiligen könnte. Der Gewinn einer solchen Anlage würde auf die Genossenschaftsmitglieder aufgeteilt und die Wertschöpfung bliebe somit in der Gemeinde.

Die Firma Prokon hingegen würde die Windräder in Eigenregie bauen, um die Gewinne selbst abzuschöpfen. Allerdings wird angeboten, die Gewerbesteuer zu 100 % in der Gemeinde zu belassen, 1 % des Ertrags eines jeden Windrads an die Gemeinde abzutreten und möglichst ein Windrad als Bürgerwindrad auf Gemeindegrund zu realisieren.

Der erste Bürgermeister möchte vom Gemeinderat wissen, wie dessen Standpunkt zu diesem Thema ist bzw. welche Strategie seitens der Gemeinde eingeschlagen werden soll. Hierzu gäbe es folgende Ansätze:

- Die Gemeinde verhält sich vollkommen neutral und lässt den Dingen freien Lauf.
- Die Gemeinde versucht sämtliche Bestrebungen in Richtung Windkraft zu blockieren.
- Die Gemeinde strebt eine Zusammenarbeit mit Privatinvestoren an.
- Die Gemeinde favorisiert den Bau von Bürgerwindrädern und unterstützt derartige Konzepte.

Herr Karle stellt dabei klar, dass sich aus seiner Sicht Windkraftanlagen in der Gemeinde nicht vermeiden ließen. Nach Änderung des Regionalplans sei die Frage nicht länger „ob“ die Windräder kommen sondern vielmehr „wann“ bzw. „wo und wie“. Mit einer entsprechenden Positionierung könne die Gemeinde zumindest versuchen steuernd einzugreifen und so viele Vorteile wie möglich aus der Situation herauszuziehen.

Im Gemeinderat wird grundsätzlich die Meinung vertreten, dass sich die Gemeinde für Projekte stark machen sollte, bei denen die Wertschöpfung auch in der Gemeinde bleibt. Deshalb seien Bürgerwindräder eher denkbar und unterstützenswert wie Windparks privater Betreiberfirmen. Auch die Akzeptanz in der Bevölkerung wird für solche Projekte höher eingeschätzt, da nicht nur einige wenige sondern die Allgemeinheit davon profitieren könnte. Nachteile werden jedoch in den geringen Erfahrungswerten gesehen, die auf diesem Gebiet herrschen. Das notwendige Fachwissen sei hier eindeutig auf Seiten der Privatwirtschaft. Es müsse auf jeden Fall gewährleistet sein, dass es sich um seriöse Projekte handle, hinter denen auch das notwendige Kapital stünde.

Einzelne Gemeinderatsmitglieder sehen hingegen keinen Handlungsbedarf. Im Flächennutzungsplan sei eine Windkraftanlage vorgesehen und diese solle zunächst einmal realisiert werden, bevor man auch andere Flächen aufgreife. Dem wird jedoch entgegengehalten, dass im Fall einer Klage der Flächennutzungsplan der Gemeinde als Verhinderungsplanung eingestuft würde, sodass trotz eines gültigen Flächennutzungsplans, der Bau von Windkraftanlagen auch auf anderen Flächen möglich wäre.

Nachdem sich keine neuen Argumente für oder gegen einen bestimmten Standpunkt mehr ergeben, lässt der Bürgermeister über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss: Der Gemeinderat befürwortet den Ausbau von Windenergieanlagen im Gemeindegebiet von Wartmannsroth im Rahmen von Genossenschaftsmodellen bzw. Modellen mit Bürgerbeteiligung. Die Verwaltung wird beauftragt Projekte, die den Bau von sog. Bürgerwindrädern vorsehen zu unterstützen, um die größtmögliche Wertschöpfung für die Gemeinde Wartmannsroth und deren Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

2. Entwurf der Verordnung zur Änderung des Regionalplans der Region Main-Rhön (3) betreffend Energieversorgung/ Windkraftanlagen; Anhörung der Gemeinde Wartmannsroth im Rahmen des Anhörungsverfahrens

Im Rahmen des Anhörungsverfahrens zum Erlass der Verordnung zur Änderung des Regionalplans Main-Rhön (3) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.01.2008 betreffend das Kapitel B VII

„Energieversorgung“, Abschnitt 5.3 „Windkraftanlagen“ wird die Gemeinde um Stellungnahme bis 30.12.2011 gebeten.

In der Gemeinde Wartmannsroth sind fünf Flächen als Vorranggebiete für Windkraft ausgewiesen.

Im Gemeinderat werden keine gravierenden Anmerkungen zur Änderung des Regionalplans gemacht. Die Verwaltung wird beauftragt eine beschlussfähige Stellungnahme mit folgenden Punkten auszuarbeiten:

1. Hinweis auf den Aussiedlerhof zwischen Schwärzelbach und Wartmannsroth
2. Hinweise auf verstärktes Vorkommen des Roten Milans in den Vorranggebieten
3. Hinweis auf einzuhaltende Abstandsflächen zum öffentlichen Verkehrsgrund.

3. Neuerlass der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung (BGS-EWS)

Die in der letzten Sitzung besprochenen Anpassungen des Satzungsentwurfes wurden nunmehr eingearbeitet. Außerdem wurde der Entwurf dem Landratsamt Bad Kissingen zur Vorabprüfung vorgelegt, worauf keine Einwände erhoben wurden. Eine Anfrage beim Bayerischen Gemeindetag hat ergeben, dass die Sonderregelung für die pauschale Gebührenbefreiung im Zusammenhang mit Ackerflächen keinen Grund zu Beanstandungen gibt.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth beschließt die diesem Beschluss auf Dauer beigeheftete Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung (BGS-EWS).

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

4. Neuerlass der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabensatzung (BGS-WAS)

Alle Änderungen aus der letzten Sitzung wurden in den Satzungsentwurf eingearbeitet. Eine Vorabprüfung durch das Landratsamt Bad Kissingen ergab keine Beanstandungen.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth beschließt die diesem Beschluss auf Dauer beigeheftete Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabensatzung.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

5. Erlass einer Übergangsregelung für die beitragsrechtliche Behandlung von Grundstücken nach den Beitrags- und Gebührensatzungen zur Wasserabgabensatzung bzw. Entwässerungssatzung

Durch den Neuerlass der Beitrags- und Gebührensatzungen zur Entwässerungssatzung bzw. zur Wasserabgabensatzung werden zum Teil neue Beitragsmaßstäbe angesetzt. Um zu vermeiden, dass allein durch das neue Satzungsrecht Nachveranlagungen ausgelöst werden, ist es ratsam eine sog. Übergangsregelung zu beschließen. Diese soll verhindern, dass ohne hinzutun des Beitragspflichtigen ein Beitragstatbestand erfüllt und eine Beitragspflicht ausgelöst wird. Das Gleiche gilt, wenn nach Neuerlass einer Satzung festgestellt wird, dass das vorausgegangene Satzungsrecht nichtig war.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth beschließt, dass Beitragstatbestände, die von der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung vom 20.07.2000 bzw. von der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabensatzung vom 10.07.1996 erfasst werden sollten, als abgeschlossen behandelt werden, soweit bestandskräftige Veranlagungen vorliegen. Wurden solche Beitragstatbestände nach den o.g. Satzungen nicht oder nicht vollständig veranlagt oder sind Beitragstatbestände noch nicht bestandskräftig, bemisst sich der jeweilige Beitrag nach den Regelungen der vorliegenden Satzungen.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

6. Klausurtagung des Gemeinderats von Wartmannsroth; Beratung und Beschlussfassung über Art und Weise der Durchführung

Immer wieder beschäftigen den Gemeinderat Themen, die sich innerhalb einer Gemeinderatssitzung nicht ausschöpfend und in der notwendigen Tiefe diskutieren lassen. Verschiedentlich wurde der Wunsch geäußert zu einem bestimmten Thema eine Sondersitzung, einzuberufen. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde vorgeschlagen eine Klausurtagung durchzuführen; d. h. der Gemeinderat führt eine Tagung über 2-3 Tage durch, um sich wichtigen und umfangreichen, vor allem aber zukunftsweisenden Themen in aller Ausführlichkeit zu widmen.

Alternativ könnten auch über das Jahr verteilt ganztägige Gemeinderatstagung stattfinden, die jedoch immer das Risiko beinhalten, dass während der Tagungen einen Kommen und Gehen der Ratsmitglieder stattfindet.

Die Gemeinderatsmitglieder favorisieren die Einführung von Klausursitzungen vor Ort. Dies wäre kostensparend und könnten ohne große Vorplanung abgehalten werden. In diesem Zusammenhang wird für die Wiedereinführung des vierzehntägigen Sitzungsrythmuses plädiert. So sollen im Wechsel Sitzungen mit Tagesordnungspunkten des alltäglichen Geschäftsgangs und Sondersitzungen, die sich speziell mit einem Thema befassen stattfinden.

Bürgermeister Karle sichert zu, diesen Vorschlag in seine Sitzungsplanung einfließen zu lassen und eine praktikable Umsetzungsmöglichkeit zu finden.

7. Bauantrag von Herrn und Frau Heinz und Hannelore Rückert auf Anbau eines Treppenhauses an das bestehende Einfamilienhaus auf dem Grundstück Fl.Nr. 607/3 in Waizenbach.

Beantragt wird der Anbau eines Treppenhauses an das bestehende Einfamilienhaus. Das Grundstück liegt innerhalb eines im Flächennutzungsplan als Mischgebiet gekennzeichneten Gebietes.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth erklärt sein Einverständnis zum Bauantrag von Herrn und Frau Heinz und Hannelore Rückert auf Anbau eines Treppenhauses an das bestehende Einfamilienhaus, auf dem Grundstück Fl.Nr. 607/3 in Waizenbach.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

8. Verschiedenes

- Die Jahresabschlusssitzung des Gemeinderates soll am Donnerstag, den 29.12.2011 im Gasthof „Zum Landgraf“ stattfinden.
- Der Termin für die Gründungsveranstaltung der Kommunalallianz ist auf den 16.11.2011 verschoben. Die Veranstaltung findet in Oberthulba statt.
- Es wird nachgefragt, ob die Öffnungszeiten des Schwärzelbacher Kindergartens nicht denen in Wartmannsroth angeglichen werden könnten. Bürgermeister Karle teilt mit, dass dies allein Sache des Kindergartenvereins sei und nicht die des Gemeinderates. Der Kindergartenverein habe diese Entscheidung jedoch aus wirtschaftlichen Gründen getroffen, da er es sich nicht leisten könne, in beiden Kindergärten derart lange Öffnungszeiten personell abzudecken. Allen Eltern, die auf die längeren Öffnungszeiten angewiesen sind, sei es jedoch freigestellt, ihre Kinder in den Kindergarten nach Wartmannsroth zu bringen. Von der Verwaltung wird hierzu ergänzt, dass die Bedarfe der Eltern regelmäßig abgefragt würden, die Rücklaufquote der verteilten Fragebögen jedoch mehr als schwach ist. Die Gemeinde hätte also gar keine Möglichkeiten beim Kindergartenverein die Bedarfe anzumelden, weil die Eltern diese nicht melden.
- Der neu angelegte Parkplatz in Schwärzelbach am Friedhof sei zu hanglastig, wird eine Beschwerde vorgetragen. Ältere Menschen hätten beim Aussteigen aus dem Pkw Probleme die Türen zu öffnen. Über den Einbau von Terrassen und eine Randbefestigung sollte nachgedacht werden.
- Die vorbildlich ausgeführten Mäharbeiten entlang der Gemeindeverbindungsstraße Völkersleier-Schwärzelbach werden gelobt.
- Am Feuerwehrhaus in Schwärzelbach soll den Dachrinne erneuert und verschiedene Malerarbeiten ausgeführt werden. Die Gemeinde übernimmt sämtliche Materialkosten. Die Arbeiten werden von der Freiwilligen Feuerwehr ausgeführt.

Vorsitzender

Schriftführer

Ende der öffentlichen Sitzung. Die Punkte 9 - 11 werden nicht öffentlich behandelt.